

Zürich, Februar 2021

„Gewählte Stimme“ bezieht Stellung zur Abstimmung am 7. März 2021 und meint:

NEIN zur Volksinitiative "Verhüllungsverbot" bedeutet **JA** zum indirekten Gegenvorschlag, welcher verlangt, dass Personen den Behörden ihr Gesicht zeigen müssen, wenn es für die Identifizierung notwendig ist. Zudem sieht der indirekte Gegenvorschlag Massnahmen zur Stärkung der Rechte der Frauen vor. Im Falle der Ablehnung der Volksinitiative «Verhüllungsverbot» tritt der indirekte Gegenvorschlag, das sogenannte Bundesgesetz über die Gesichtsverhüllung, automatisch in Kraft.

Die Volksinitiative "Ja zum Verhüllungsverbot", besser bekannt als Burkaverbot, soll die Gesichtsverhüllung in der Schweiz verbieten. Es handelt sich dabei um eine Kleidervorschrift, welche in der Schweizer Bundesverfassung verankert werden soll. Dieses Verbot würde an allen öffentlich zugänglichen Orten gelten. Ausnahmen gälten ausschliesslich in Gotteshäusern und aus Gründen der Sicherheit, der Gesundheit, der klimatischen Bedingungen und des einheimischen Brauchtums.

«Gewählte Stimme» ist ein Zusammenschluss von Ratsmitgliedern mit Migrationshintergrund auf kommunaler, kantonaler und nationaler Ebene und setzt sich dafür ein, dass die Anliegen und Anregungen von Menschen mit Migrationshintergrund stärker in der schweizerischen Demokratie vertreten werden.

Somit setzen wir uns stark für individuelle religiöse Selbstbestimmung ein. Diese Initiative beschneidet diese Selbstbestimmung und schürt die Stigmatisierung und Pauschalisierung von muslimischen Menschen, die grossmehheitlich einen Migrationshintergrund haben. Unter dem Vorwand, die vermeintlich unterdrückten muslimischen Frauen zu schützen, führt die Initiative eher zu einem Ausschluss dieser Frauen aus der Gesellschaft. Die sehr wenigen Frauen, die ihr Gesicht verhüllen, werden bei einer Annahme der Initiative in ihren Grundrechten eingeschränkt und somit vermutlich noch weiter isoliert. Ihre Situation würde mit der Initiative also eher noch verschärft. Schliesslich schürt diese Initiative ein gewisses Feindbild und führt eine Symbolpolitik zu Lasten von Niqab-Trägerinnen.

Deshalb empfehlen wir allen Stimmberechtigten ein überzeugtes **NEIN** am 7. März 2021.

Für die Gewählte Stimme:

Rupan Sivaganesan, Kantons- und Gemeinderat Zug

Mustafa Atici, Nationalrat Basel-Stadt

Suthakaran Ganapathipillai, Finanzkommission Derendingen

Kanny Kannathasan Muthuthamby, Gemeinderat Adliswil

Isabel Garcia, Gemeinderätin Zürich

Sri Rasamanickam, Co-Präsident SP MigrantInnen SO